

*Manuskriptliche
aus dem Kreisbüro
des Kreisamts D. Braun!*

Büren, den 20. Mai 1946.

An den
Hauptausschuss der Entnazifizierung
des Kreises Büren

z.Hd. der Herren der Militärregierung
Minden und Büren/Westf.

Die Vorkommnisse der letzten Sitzung des Entnazifizierungshauptausschusses Büren, zwingen mich, an Sie heranzutreten, um Ihnen einen Überblick über die derzeitige Situation zu geben. Es war für einen Antifaschisten eine Freude zu sehen, mit welcher Begeisterung der Ausschuss seine Arbeiten auf Grund der Anordnung Nr. 24 des Kontrollrats aufnahm. Absolut unparteiisch begann die Tätigkeit unter der Führung des Herrn Dr. Braun. Schon sehr bald zeigten sich gegensätzliche Strömungen, die klar erkennen liessen, daß mehrere Mitglieder des Ausschusses, den Einflüssen nationalsozialistischer Elemente unterlagen. Schon von Anfang an waren bestimmte Kreise daran interessiert, dem Ausschuss ein besonderes Gepräge zu geben, dergestalt, daß nazifreundliche Elemente möglichst die Führung bezüglich der Entnazifizierung übernehmen sollten. Die diesbezüglichen Vorschläge, wurden aber vom Major Steege, als Kreiskommandant, der mit den örtlichen Verhältnissen bestens vertraut war, nicht gebilligt. Es entstand dann der derzeitige Ausschuss, der bis auf 2 Fehlbesetzungen absolut gutgeheissen werden konnte, da in ihm antifaschistische Elemente vereinigt waren, die gemäss den Anweisungen des Kontrollrats die gestellte Aufgabe zu erfüllen bereit waren. Da man aus formellen Gründen keinen Anlaß fand, gegen den Ausschuss vorzugehen, mußte man notgedrungen mit Verleumdungen arbeiten, derart, daß man bestimmte Mitglieder verdächtigte, um zum Zuge zu kommen.

Mit Bedauern ist festzustellen, daß die Militärregierung den Einflüsterungen unterlag, indem sie auf Grund von Intrigen den Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Dr. Braun verhaftete. Ob hierzu ein berechtigter Anlaß vorlag, mag dahin gestellt sein; zumal Dr. Braun aufgrund der Auskünfte, die die PSP einzog, in seinem Amt bestätigt wurde. Wesentlich schlimmer ist, daß mit Dr. Braun auch der gesamte Ausschuss von der Militärregierung Minden abgelehnt wurde und durch einen neuen Ausschuss, den der Kreistag bestimmen soll, ausgetauscht wird. Gegen diesen Austausch, der den Gegnern der Entnazifizierung im höchsten Grade erwünscht ist, erhebe ich Einspruch, indem ich auf die Gründe verweise, die bereits Herr Pfarrer Lackmann, Büren in seinem Schreiben vom 16.5.1946 an den Herrn Kommandanten der Militärregierung des Kreises Büren bekanntgegeben hat. Die darin genannten Gründe treffen den Kern der Dinge genau und sind als Beweis für die Tätigkeit der Gegner gegen die beabsichtigte Entnazifizierung anzusehen.

Um ein ersprießliches Arbeiten des Ausschusses zu gewährleisten, würde es vollkommen genügen, wenn die oppositionellen eingestellten Mitglieder Kersting und Harth aus dem Ausschuss entfernt werden und durch wirkliche Antifaschisten, die die Vertreter der zugelassenen politischen Partei zu bestimmen hätten, ersetzt würden.

Es kann unmöglich Aufgabe des Kreis Ausschusses sein, die Mitglieder des Hauptausschusses für die Entnazifizierung zu bestimmen, zumal diese durch ihre Verbundenheit mit dem National-

Nationalsozialismus keineswegs berufen sind, solchen Maßnahmen gerecht zu werden.

So hat beispielsweise Herr Schnieders, Salzkotten, noch in der vorwöchentlichen Stadtverordnetenversammlung der Stadt Salzkotten dafür gestimmt, daß der frühere Ortsgruppenleiter, welcher politisch inhaftiert wurde, bevorzugt freigelassen wird, während Herr Kersting als Verwandter eines Ortsgruppenleiters der NSDAP ebenfalls nicht das Recht haben kann, nunmehr diejenigen zu beordern, die die Frage der Entnazifizierung zu erledigen haben.

Der Militärregierung kann also nur empfohlen werden, die derzeitige Kommission bestehen zu lassen, und die als unzuverlässig anzusehenden Männer durch solche zu ersetzen, die die antifaschistische Parteien namhaft zu machen haben. Nur bei Beschreitung dieses Weges wird die von dem Kontrollrat als dringend notwendige anerkannte Entnazifizierung durchgeführt werden können.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß ich Ihnen diese Zeilen schreibe, als Vertreter der Juden dieses Kreises, die ein Recht auf die Entnazifizierung haben, wenn in Betracht gezogen wird, daß von weit mehr als 100 Angehörigen meiner Rasse nur insgesamt 4 zurückgekehrt sind. Den Opfern des Nazismus bin ich es schuldig, daß die Maßnahmen des Kontrollrats, die Sühne verlangen, durchgeführt werden. Das bin ich meinen Glaubensbrüdern- und Schwestern schuldig, die in Auschwitz, Theresienstadt, Dachau, Riga, Buchenwald usw. durch den Faschismus hingerichtet wurden.

Ich bitte also nochmals, den bisherigen Ausschuss, wie von mir vorgeschlagen, bestehen zu lassen und ihm die nötige Autorität zu verschaffen, die erforderlich ist, um die Arbeiten im Sinne einer wahren Demokratie durchzuführen.

4
Karlshagen
Zuerst 26
W